



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau

Vollversammlung am 20. Juni 2025

TOP 2 - Bericht des Präsidenten

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die vergangenen drei Monate haben erneut gezeigt, wie angespannt die Lage unserer Wirtschaft weiterhin ist. Zwischen Kostensteigerungen, politischen Richtungsdebatten und regionalen Strukturfragen fehlt es vielen Unternehmen an Planungssicherheit – und zugleich wächst der Druck zu handeln.

Die neue Bundesregierung steht, die Ressorts sind verteilt und nun erwarten wir alle eine rasche Umsetzung der dringenden Reformen, damit der Standort Deutschland endlich wieder wettbewerbsfähig wird.

Insbesondere im Bereich der Energiekosten, in dem der Koalitionsvertrag durchaus einige Ansätze beinhaltet – etwa die Halbierung der Übertragungsnetzentgelte oder die Senkung der Stromsteuer, brauchen wir eine schnelle Umsetzung

Langfristig besteht jedoch weiterhin das Erfordernis einer Ausweitung eines verlässlichen Energieangebots. Da bleibt der Koalitionsvertrag leider noch vage.

Dass die Zeit drängt, wird uns insbesondere in unserer Region bewusst. Die Ankündigung des DOW-Konzerns, zentrale Anlagen in Mitteldeutschland befristet oder dauerhaft abzuschalten, zeigt wie ernst es um die Belastung unserer Wettbewerbsfähigkeit steht.

Wenn Anlagen wie der Cracker von DOW in Böhlen abgeschaltet werden, dann schwächt das den gesamten Stoffverbund der Chemiestandorte in der Region. Der eigentliche Standortvorteil der Verbundproduktion wird zur Achillesferse, wenn zentrale Akteure aussteigen. Das muss unbedingt verhindert werden.

Sorgen machen uns auch die Insolvenzen. Wir stellen fest, dass es immer häufiger größere Traditionsunternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe sowie vor- und nachgelagerten Bereichen sind, die die Segel streichen. Hieran hängen wiederum vielfach regionale Zulieferer und Abnehmer, die dann selbst in schwierigeres Fahrwasser geraten.

Erschwerend kommt hinzu: Die Industrie muss nicht nur mit herausfordernden wirtschaftspolitischen Bedingungen zu Hause kämpfen, sondern wie Sie alle wissen, auch mit einer unberechenbaren Zollpolitik der amerikanischen Regierung.

Unternehmen sind in der Lage, sich an Vieles anzupassen. Aber wenn keine Planungssicherheit herrscht, dann fehlt der Fixpunkt. Und das ist das, was wir in den europäisch-amerikanischen Handelsbeziehungen derzeit erleben.

Aus unserer Sicht muss hier besonnen, aber auch deutlich reagiert werden. Denn eine Eskalation hilft niemandem. Vor allem aber müssen wir selbst unsere Hausaufgaben machen. Aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke sind wir weitaus widerstandsfähiger gegenüber einem irrlichternden US-amerikanischen Präsidenten.

Und zu den Hausaufgaben zählt auch das Thema, was die Unternehmen besonders bewegt: der Bürokratieabbau. Deswegen widmen wir uns als IHK diesem Thema auch in unserer Jahreskampagne „Wettbewerbsfähigkeit stärken“ und deshalb stehen auch die beiden Monate Mai und Juni besonders im Fokus dieses Themas.

Erfreulich ist, dass der Koalitionsvertrag hier viele wichtige Punkte enthält: Von der von uns eingeforderten Aufgabenkritik, über den Abbau von Stellen in den Behörden bis zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung. Auch Digitalisierung und Entlastung bei den Berichts- und Meldepflichten werden angekündigt.

Sollten die ganzen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag in diesem Bereich umgesetzt werden, wäre das aus meiner Sicht ein Riesenfortschritt – jetzt kommt es auf das Tempo und den Geist bei der Umsetzung an. Denn schon zu oft ist der Bürokratieabbau in Koalitionsverträgen angekündigt, dann aber in den Mühlen der Ministerialebenen zerrieben worden.

Wir müssen übrigens für positive Ausblicke in diesem Bereich nicht nur zum Bund schauen. Auch in Sachsen-Anhalt gab es hier in den letzten Wochen erfreuliche Entwicklungen.

So soll die Landesbauordnung novelliert und auch das Vergabegesetz entschlackt werden. In beide Prozesse hat sich unsere IHK aktiv und vor allem wirksam eingebracht. Hier funktioniert der Dialog mit der Landesregierung hervorragend.

Und die Beschleunigung in diesen Bereichen ist auch dringend notwendig, wenn das sogenannte Sondervermögen auch buchstäblich auf die Straße gebracht werden soll. Wenn die Milliardensummen auf einen Flaschenhals in den Genehmigungsprozessen stoßen, dann verpufft der erwünschte Effekt für Infrastruktur und Verteidigung einfach nur.

Eine weitere Meldung, die etwas Hoffnung macht, ist die positive Entwicklung beim Existenzgründungsgeschehen. Unser IHK-Bezirk weist mit 4,3 Prozent mehr neu angemeldeten Unternehmen nicht nur den größten Zuwachs in Sachsen-Anhalt auf, sondern liegt auch bundesweit vorn.

Wir freuen uns, dass offensichtlich mehr Menschen wieder die Lebensperspektive Selbstständigkeit für sich entdecken.

Ein Wertmutstropfen sei aber auch erwähnt: Einen Anstieg der Selbstständigkeit sehen wir häufig als spiegelbildliche Begleiterscheinung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit. Manche Gründung geschieht also auch aus vermeintlicher Alternativlosigkeit. Das sehe ich aber umso mehr als Auftrag für uns als IHK. Unsere Aufgabe ist es, diese neuen Unternehmer mit Rat und Tat beim herausfordernden Start in die Selbstständigkeit bestmöglich zu unterstützen.

Ein Beispiel dafür ist unsere Regionale Gründertheke, die wir gemeinsam mit der Handwerkskammer Halle und den Wirtschaftsförderungen der Region in Dessau, Wittenberg und Köthen anbieten – ein niedrigschwelliges Format, bei dem Gründerinnen und Gründer ohne bürokratische Hürden mit Experten zu Themen wie Finanzierung, Versicherung, Steuern, Marketing oder Weiterbildung ins Gespräch kommen können. Dass bei diesen Terminen sogar Landräte und Oberbürgermeister als Schirmherren mitwirken, zeigt den hohen Stellenwert, den wir dem Gründungsgeschehen gemeinsam beimessen.

Anfang Juni fand zudem auch wieder unser traditioneller Begrüßungsabend für neue IHK-Mitglieder bzw. Existenzgründer statt. Die „Jungunternehmer“ haben die Möglichkeit genutzt, die IHK als Selbstverwaltung der Wirtschaft, ihr Grundanliegen und ihre Leistungen kennenzulernen.

Auch dieser IHK-Begrüßungsabend wurde wieder gut und gern angenommen und bringt einen Nutzen sowohl für die Unternehmer als auch für die „Institution IHK“: Die Unternehmer fühlen sich von Beginn ihrer Selbstständigkeit an willkommen in einer starken Gemeinschaft und wir erreichen eine stärkere Mitgliederbindung.

Ein weiterer Lichtblick in herausfordernden Zeiten ist das anhaltende Engagement zur Stärkung der dualen Ausbildung. Mit der bundesweiten Kampagne „Jetzt #könnenlernen“ gelingt es, die Aufmerksamkeit junger Menschen zurück auf die berufliche Ausbildung zu lenken.

Auf Plattformen wie TikTok oder Instagram geben echte Azubis authentische Einblicke – mit großem Erfolg: Über 1,6 Millionen Likes zeigen, dass die Botschaft ankommt. Auch unsere IHK flankiert die Kampagne mit regionaler Präsenz – von Straßenbahnwerbung bis zu Großflächenplakaten und einer starken Einbindung auf Ausbildungsmessen.

Ein weiterer Baustein, die duale Berufsausbildung bekannter zu machen: ist unser Wettbewerb „Top-Ausbildungsbetrieb“. 72 Unternehmen haben sich in diesem Jahr beworben. Eine Jury aus Mitgliedern des IHK-Ehren- und Hauptamtes bewertete die Einsendungen unter Berücksichtigung der Unternehmensgröße. Insgesamt konnten 22 Preisträger ermittelt werden.

Doch es bleibt herausfordernd: Viele Unternehmen finden keine passenden Bewerber. Ausbildung steht zunehmend im Schatten akademischer Bildungswege. Umso wichtiger ist es, dass wir als IHK den Wert der dualen Ausbildung sichtbar machen – auch durch das unermüdliche Engagement unserer Prüferinnen und Prüfer der Aus- und Weiterbildung sowie der Sach- und Fachkunde.

35 von ihnen wurden kürzlich im Händel-Haus in Halle (Saale) für ihr 10-, 20- und 30-jähriges Ehrenamt mit bronzenen, silbernen und goldenen Ehrennadeln ausgezeichnet. Das Prüferehrenamt steht für Fairness, Objektivität und die Sicherung von Qualitätsstandards in der dualen Aus- und Weiterbildung. Prüferinnen und Prüfer tragen maßgeblich dazu bei, dass junge Menschen optimal auf die Arbeitswelt vorbereitet werden und Unternehmen die qualifizierten Fachkräfte bekommen, die sie brauchen. Dank ihres anspruchsvollen Engagements ist der IHK-Abschluss ein verlässliches Gütesiegel.

Apropos Lichtblick: Ein wahres Pfund, mit dem die Region hoffentlich bald wuchern kann, wird das Zukunftszentrum in Halle sein. Oder um es wörtlich aus dem Koalitionsvertrag der neuen Regierung zu zitieren:

„In Halle (Saale) wird das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ errichtet.“

Neben diesem politischen Bekenntnis freut uns auch, dass sich nun ein Architekturbüro in einem umfangreichen Wettbewerb mit seinen Vorstellungen zum Gebäude an sich durchgesetzt hat. Für die Öffentlichkeit ist das Zukunftszentrum durch den Entwurf nun deutlich greifbarer.

Im Gesamtkontext, gemeinsam mit einem neuen Riebeckplatz, kann das ein wahrer Leuchtturm werden, der weit über Halle (Saale) hinaus in das Umland strahlt. Wir als IHK werden uns wo immer möglich einbringen, um hier mitzuwirken.

Weiter mitwirken werden wir auch beim letzten Schlaglicht, das ich in meinem heutigen Bericht setzen möchte.

Es geht um die Weiterentwicklung der sogenannten „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“, kurz: GRW-Förderung.

Diese ist nach wie vor für unsere Region von großer Bedeutung, wenn es darum geht, für private Investitionen einen Hebel anzusetzen und langfristig Wertschöpfung hier zu halten.

Bei dieser Förderung gab es in letzter Zeit immer wieder Verzögerungen und auch eine häufig unklare Kommunikation zwischen Förderbank und den Investoren. Deshalb war es mir ein großes Anliegen, einmal alle Beteiligten an einen Tisch zu holen: Und zwar das Wirtschaftsministerium unseres Bundeslandes, die Investitionsbank sowie betroffene Unternehmen.

Alle Probleme kamen zu diesem Termin auf den Tisch und wir haben uns darauf verständigt, wie die Kommunikation verbessert werden kann. Einig waren wir uns auch, dass die Bindung von Investitionsförderung an neu zu schaffende Arbeitsplätze ein Relikt ist, das in Zeiten des Fachkräftemangels längst überholt ist. Hier müssen Land und Bund den Kriterienkatalog modernisieren.

Wenn wir Wertschöpfung trotz demografischen Wandels hier in der Region halten wollen, müssen wir jene Unternehmen belohnen, die Wertschöpfung mit so wenig wie möglich Menschen schaffen – uns also auf Produktivitätssteigerungen konzentrieren.

Hier sind wir uns insbesondere mit Wirtschaftsminister Sven Schulze einig und wir werden das Thema nun auch gemeinsam bundespolitisch adressieren.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, genau das ist unser Weg: Mit den relevanten Akteuren auf Augenhöhe konstruktiv zusammenarbeiten, um die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen.

In diesem Sinne danke ich auch Ihnen ganz herzlich für Ihr ehrenamtliches Engagement in allen Säulen unserer IHK-Arbeit, ohne dies wäre das nicht möglich!

Und dieses Engagement für unseren Standort wird auch weiterhin gebraucht: Sie alle wissen, dass bereits jetzt die Landtagswahl im September nächsten Jahres ihren Schatten vorauswirft.

Wir alle sehen – spätestens seit den Wahlergebnissen zur Bundestagswahl – wie gespalten das Land politisch ist.

Ich glaube, auch wir als Unternehmer sind gefordert, aufzuzeigen, wie wichtig stabile politische Verhältnisse in Sachsen-Anhalt sind. Wir sollten deutlich machen, welche Fortschritte in den letzten Jahren erzielt wurden - auch durch den partnerschaftlichen Dialog zwischen Wirtschaft und Landesregierung.

Wir sollten zeigen, wie wichtig es ist, die Weltoffenheit des Standorts zu bewahren, sowohl mit Blick auf die Attraktivität für ausländische Fachkräfte als auch für vielfältige internationale Kooperationen im Wirtschafts- und Forschungsbereich.

Ich könnte mir die wirtschaftliche Entwicklung und unseren Wohlstand schlicht nicht vorstellen ohne den massiven Beitrag, den ausländische Fachkräfte heute und schon seit Jahren leisten.

Das alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir als Wirtschaft offen kommunizieren: Wichtig für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ist neben den rein politischen Rahmenbedingungen auch das gesellschaftspolitische Miteinander. Und wir Unternehmer können dies aktiv mitprägen. Auch die IHK wird solche Vorhaben unterstützen.

Ich möchte Sie alle bitten, sich für dieses gemeinsame Ziel einzusetzen. Vielleicht gibt es ja jetzt und hier jemanden unter Ihnen, der hier in diesem Plenum Impulse geben möchte – ich denke, wir sollten ganz offen diskutieren, was wir hier bewegen können.

Gibt es Wortmeldungen dazu Ihrerseits, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Vielen Dank für Ihren Input und für Ihre Aufmerksamkeit.